

Resolution

des Klagenfurter Stadtsenates vom 8. Februar 2011

Österreich bekennt sich im Artikel 9a des Bundesverfassungsgesetzes zur umfassenden Landesverteidigung. Dazu gehören militärische, geistige, zivile und wirtschaftliche Aspekte. Zur bestmöglichen Erfüllung dieser Anforderungen wird das Bundesheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht gebildet und ergänzt.

Verteidigungsminister Norbert Darabos plant die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung eines Berufsheeres in Österreich. Dies bedeutet neben dem Verlust von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft auch, dass Kasernen aufgelassen werden müssen und die Möglichkeit von Hilfeleistungen durch das Bundesheer in Katastrophenfällen sowie im Objektschutz, zB Flughafen etc. stark eingeschränkt wird. Schwere Einschnitte sind auch im sozialen und Pflegebereich sowie im Rettungswesen zu erwarten. Für die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee bringt dies einen erhöhten Aufwand an Subventionen im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsbereich.

Die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee spricht sich entschieden gegen die Abschaffung der Wehrpflicht und damit verbunden die Abschaffung des Zivildienstes in Österreich aus. Vor einer Diskussion darüber sind adäquate Lösungsvorschläge zu präsentieren und die aus dieser Maßnahme für die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee entstehenden Kosten zu klären. Ebenso ist zu klären, wer diese Mehrkosten trägt. Verteidigungsminister Norbert Darabos ist aufgefordert, diese Forderung der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee zu berücksichtigen und für die Stadtfinanzen neutrale Lösungsvorschläge vorzulegen.

Der Stadtsenat der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee bekennt sich zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und zur Erhaltung des Österreichischen Bundesheeres und fordert daher die Bundesregierung und den Bundesminister für Landesverteidigung auf,

- die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten,
- das Österreichische Bundesheer mit ausreichenden Budgetmitteln für eine umfassende Modernisierung des bestehenden Systems auszustatten,
- dadurch die umfassende und nachhaltige Erfüllung des Katastrophenschutzes, der Landesverteidigung und des Zivildienstes sicherzustellen,
- die Unterstützung des Heeres für die Kärntner Bevölkerung bei Naturkatastrophen zu gewährleisten,
- die professionelle Zusammenarbeit in der Aufgabenerfüllung zwischen dem Österreichischen Bundesheer und den beruflichen sowie freiwilligen Einsatzorganisationen wie Rettung, Bergrettung, Wasserrettung und Feuerwehr zu garantieren,
- die wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaften mit den Kasernenstandorten in Kärnten weiterhin hochzuhalten

Für die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee

Albert Gunzer
Vizebürgermeister

Christian Scheider
Bürgermeister

Wolfgang Germ
Stadtrat

Dr. Christine Jeremias
Stadträtin

Peter Steinkellner
Stadtrat

Ing. Herbert Taschek
Stadtrat